GdP Gewerkschaft der Polizei
Aktuell

Resolution

des Landesbeirats der Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz beschlossen am 10. Dezember 2008 in Mainz-Weisenau

Der Landesbeirat der GdP fordert den rheinland-pfälzischen Landtag auf, die Einstellungszahlen und die Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei deutlich zu erhöhen!

Polizeibeamtinnen und -beamte

In den Jahren 2012 und 2013 werden 741 Polizeibeamte in den Ruhestand treten. Der Ersatz muss in den Haushaltsjahren 2009/2010 zur Ausbildung eingestellt werden. Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen 650 Einstellungen reichen hierfür nicht aus! Die operativen Dienste und insbesondere der Schichtdienst sind personell ausgelaugt. Der Rund-um-die-Uhr-Dienst ist aber der Kernbereich der polizeilichen Dienstleistung! Die personelle Schwächung wird auf dem Rücken der hilfesuchenden Bürgerinnen und Bürger und der Schichtdienstkollegen ausgetragen. Das nimmt die Gewerkschaft der Polizei nicht ohne Widerspruch hin!

Auf den ersten Blick klingt es paradox: Die Polizeistärke liegt derzeit bei ca. 9.420 Beamtinnen und Beamten – also bei ca. 400 mehr als der vom Landtag eigentlich geplanten Stärke. Allerdings ist diese relativ hohe Zahl durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erkauft worden. Was dies für die ‚Kampfkraft' bedeutet, mag sich jede und jeder selbst ausmalen. Aber immerhin: Derzeit sind ca. 9.420 Kolleginnen und Kollegen im Dienst. Müsste doch eigentlich für alle Bedürfnisse ausreichen?

Nicht nur die Politiker fragen sich: Wo sind die denn alle geblieben?

Wir wissen die Antwort: Seit 2001 wurden aus den Reihen des Schichtdienstes in Spezialverwendungen umgesetzt:

Jugendsachbearbeiter	192
Flughafenwachen Hahn und Zweibrücken	49
Schieß- und Einsatztrainer	44
Datenverarbeitungsgruppen	20
System- und Anwenderbetreuer	35
örtliche Fahndungen	65
Beratungszentren / Polizeiläden	11
Puppenbühnen	12
Szenekundige Beamte (Fußball)	11
Projektgruppe POLADIS, Zentralstelle für Polizeitechnik, Landeskriminalamt, Landespolizeischule	17
Verstärkung der Kriminalpolizei (Menschenhandel, Korruption, Terrorismus)	100
Projektgruppe Digitalfunk	10
Projektgruppe Telekommunikationsüberwachung (noch)	2
Summe	568

Mit anderen Worten: Ausgehend von einer Mindestausstattung von 7 Beamten pro Schicht bei 5 Dienstgruppen zur Abdeckung von 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr werden 35 Beamte für den Schichtdienst benötigt. Mit der anderweitigen Verwendung der 568 Beamten wurde das Äquivalent von ca. 16 funktionsfähigen Polizeirevieren geschlossen!

Erst seit 1987 werden Frauen in die Polizei eingestellt. Eine positive Entwicklung! Die damit einhergehenden Fehlzeiten aufgrund Elternzeit waren voraussehbar. Es wurde aber kein Ausgleich geschaffen: Derzeit sind 256 Kolleginnen und Kollegen in Elternzeit, davon 147 in Teilzeit.

Die unselige Verlängerung der Lebensarbeitszeit verschärft seit 2005 den ungünstigen Altersaufbau: Die Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen hat sich von 531 im Jahr 2004 auf heute 896 erhöht.

Die Politik muss endlich den Druck wahrnehmen, der sich in den Dienststellen aufgebaut hat. Viele Kolleginnen und Kollegen schwanken zwischen Wut und Resignation! Wenn der Landtag jetzt nicht gegensteuert, werden wir in ein paar Jahren durch die vermehrten Personalabgänge vor einem Scherbenhaufen stehen.

Das Ende der Fahnenstange ist aber keineswegs erreicht.

- Die Nachbereitung des Einsatzes der „EG Zeit“ (Festnahme der so genannten „Sauerlandgruppe“) hat als Konsequenz für Rheinland-Pfalz einen zusätzlichen Bedarf von über 150 Stellen nur für spezielle Bereiche, wie etwa das MEK, ergeben.
- Die sprunghaft angestiegene Zahl von Einsätzen in geschlossenen Einheiten (Bereitschaftspolizei, mobile Eingreifgruppen, Spezialeinsatzkommando) bei NPD-Demos, erst- bis viertklassigen Fußballspielen, Weinfesten und Unterstützungen in anderen Bundesländern führte zu der Forderung zur kurzfristigen Mobilisierbarkeit einer zweiten Einsatzhundertschaft bei der Bereitschaftspolizei und der Einrichtung einer weiteren Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit.
- Gesundheits-, Justiz- und Innenministerium haben ein Konzept namens VISIER vorgestellt, durch das entlassene Strafgefangene, die weiterhin als hochgefährlich eingeschätzt, aber aus rechtlichen Gründen nicht in Sicherungsverwahrung gehalten werden können, an die Polizei gemeldet werden müssen. Erfahrungen aus anderen Bundesländern lassen auch hier einen weiteren Personalbedarf erwarten.

An (im Einzelnen betrachtet sehr lobenswerten und intelligenten) Konzepten mangelt es nicht – es mangelt an denen, die die Konzepte umsetzen sollen.

<u>Tarifbeschäftigte</u>

Für die Tarifbeschäftigen werden aus einem Sonderprogramm pro Jahr 25 Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt. Durch die pauschale Einsparauflage, vom Finanzministerium „Effizienzquote“ genannt, müssen bei der Polizei jährlich 1,3 % eingespart werden. Insgesamt muss das Ministerium sogar 1,8 % einsparen. Das macht eine Personalminderung bei den Tarifbeschäftigten von ca. 30 Stellen pro Jahr aus. So werden aus 25 mehr im Ergebnis 5 weniger.
Wir brauchen im Polizeidienst mehr Tarifbeschäftigte und nicht weniger! Nach wie vor müsse Polizeibeamte auf Tarif-Stellen beschäftigt werden, für die sie nicht ausgebildet wurden.

In den letzten 15 Jahren wurde massiv Tarifpersonal eingespart, besonders in den unteren Lohngruppen, z.B. bei den Reinigungskräften. Im neuen Tarifvertrag (den nicht jeder mit großer Freude unterschrieben hat) wurden 4 neue Leichtlohngruppen eingerichtet. Viele Kommunen

haben daraus Konsequenzen gezogen und wieder eigenes Personal z.B. im Reinigungsdienst oder in der Abfallwirtschaft eingestellt. Zu beiderseitigem Nutzen: Die Menschen verdienen mehr als bei den privaten Reinigungsbetrieben und der Arbeitgeber spart (bei besseren Reinigungsergebnissen) bares Geld ein. Statt auf der „Effizienzquote“ zu bestehen, sollte auch das Land die Zeichen der Zeit erkennen und neue Stellen im Haushalt vorsehen!

Beförderungen

Was ist eine gerechte Bezahlung? Die GdP hält sich hierzu an die Wissenschaft. Das „Kienbaum-Gutachten“ hat bereits vor über 20 Jahren Kriterien erarbeitet: Wie breit ist das Wissen, das ich für den Dienst benötige, wie tief muss dieses Wissen durchdrungen sein, wie viel Zeit habe ich für eine Entscheidung und wie hoch ist meine persönliche Verantwortung für mein Handeln – gerade, wenn etwas schief geht? Kienbaum kam zu dem Ergebnis, dass Polizistinnen und Polizisten nach A 11 zu bezahlen sind. Über das Normalmaß hinaus gehende Spezialisierungen und Führungsverantwortung sind jeweils in A 12 und A 13 anzusiedeln.

Bei allen lobenswerten Fortschritten ist die rheinland-pfälzische Polizei von der geschilderten gerechten Bewertung und Bezahlung Meilen entfernt! Die GdP akzeptiert, dass die an sich korrekte Bezahlung nach A 11 erst nach einigen Jahren Berufserfahrung erreicht werden kann. Aber jede polizeiliche Sachbearbeiterin und jeder Sachbearbeiter muss nach einer angemessenen Zeit nach A 11 bezahlt werden! Hierzu muss der Landtag ein Beförderungsverlaufsmodell entwickeln, das auch den justiziellen Anforderungen gerecht wird.

Hunderte von Kolleginnen und Kollegen erfüllen die Anforderungen von Stellen, die mit A 12 oder A 13 bewertet sind, ohne entsprechend bezahlt zu werden. Und das seit Jahren! Sie sehen keine Chance, die korrekte Bezahlung noch vor der Pensionierung zu erreichen. Der Landtag muss sich fragen lassen, ob es richtig sein kann, dass Polizistinnen und Polizisten auch nach Jahrzehnten mit dem Eingangsamt A 9 abgespeist werden oder dass ihnen 10, 15 Jahre nach der Übernahme einer Führungsfunktion die entsprechende Besoldung verwehrt bleibt.

Der GdP war immer bewusst, dass der Fortschritt eine Schnecke ist – und wir waren mit der von Innenminister Walter Zuber im Jahre 1996 vorgestellten „mittelfristigen Beförderungskonzeption“ auf einem guten Weg. Leider ist aus dem gepflasterten Weg inzwischen ein Feldweg ge-

worden und wir sind im Matsch stecken geblieben. Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich und ihre Arbeit nicht hinreichend anerkannt; Viele stecken mitten in einer massiven Gratifikationskrise, die zu einer Krise für die Polizei zu werden droht, weil sie an vielen Stellen mit spürbarer Überlastung der in der Polizei arbeitenden Menschen einhergeht.

Der Landesbeirat der Gewerkschaft der Polizei fordert den Landtag auf, der verbalen Wertschätzung die fiskalisch notwendigen Taten folgen zu lassen:

Sicherheit hat ihren Preis – die Bürgerinnen und Bürger und die Polizistinnen und Polizisten des Landes sollten es Ihnen wert sein!

Gewerkschaft der Polizei + LB RP + Nikolaus-Kopernikus-Str. 15 + 55129 Mainz
Telefon 06131 / 960090 + www.gdp.rp.de – V.i.S.d.P.: Markus Stöhr